

Eine Wendung im deutschen Kirchenstreit?

Berlin, 23. Okt. (Privattele.) In wohlunter-
ten Kreisen wird heute Morgen verlautbart,
die für heute um 11 Uhr angeordnete Sides-
ten stung des Reichsbischofs in Gegenwart
Reichskanzlers aus persönlichen Grün-
den, die mit der Sache nicht zu tun haben, auf
ge Tage verschoben wurde.

Dr. bestern Morgen hat nun ein Delegierter der Be-
kenntnisynode bei dem Reichsinnen-
minister Dr. Fried vorgesprochen und ihm die
Erklärung ausgehändigt, die auf der
Erklärung der Bekenntnisynode in Dahlem am ver-
gangenen Samstag einstimmig beschlossen wurde.
Diese Erklärung wurde so sorgfältig aufgesetzt, daß
bei Gelegenheit über ein einziges Wort eine Dis-
ussion von nicht weniger als 2½ Stunden entstand.
Es wird in den Kreisen der Bekenntnisynode darauf
hingewiesen, daß diese Erklärung, so wie sie sich jetzt
in den Händen des Reichsinnenministers Fried be-
findet, das letzte Wort der sogenannten Opposition
im Kirchenkonflikt darstelle.

Man versichert Ihrem Korrespondenten daß nach
den Ansichten der Bekenntnisbewegung jeder Kom-
promiß, der entweder den Reichsbischof Müller
oder seinen Sachwalter Dr. Jäger auf seinem
Platze in der Kirchenregierung beliebe, von vornher-
ein würde abgelehnt werden. Was den Reichsbischof
Müller anbetrifft, so hat die Bekenntnisynode erst
vor einigen Tagen ihren Standpunkt ihm gegenüber
klargelegt und wiederholt, daß für sie eine Mitarbeit
mit ihm in Zukunft nicht in Frage komme. Dieser

einer seiner Vorgänger der Marine das lebhafteste
Interesse entgegenbringt.

Das wären einige der Aspekte, unter denen heute
in London die Vorbereitungen für die Marine-
konferenz des nächsten Jahres aufgenommen wor-
den sind. Sie sind nicht eben erfreulich.
Dennoch hat man keine Ursache, sich nun ohne wei-
teres dem schwärzesten Pessimismus zu überlassen.
Nicht immer sind beim Beginn derartiger Verhand-
lungen Maximalforderungen aufgestellt worden,
was nicht hinderte, daß man in der Folge mit sich
reden ließ. Ein Fiasko der Konferenz hätte einen
Rüstungswettlauf der großen Seemächte zur Folge,
dessen Wirkungen unabsehbar wären. Das weiß man
in Tokio ebenso gut, wie in Washington und Lon-
don. Ein solcher Wettlauf würde ungeheure Sum-
men verschlingen; nicht einmal das reiche Amerika,
geschweige das arme Japan, ist heute in der Lage,
Milliarden für Rüstungszwecke hinauszumwerfen, so
lange die berechtigten Interessen aller Parteien auf
dem Wege friedlicher Verständigung gewahrt werden
können.

Standpunkt wurde, wie wir erfahren, den deutschen
Regierungsbehörden absolut klargestellt. Was Dr.
Jäger anbetrifft, wird bemerkt, daß er aus reli-
giösen Gründen nicht zur Ausübung eines Kirchen-
amtes befähigt sei. Weiterhin wird die Anklage
gegen ihn erhoben, daß er die deutschen Behörden
in bezug auf die Stellungnahme der Bekenntnis-
bewegung falsch informiert habe. Die Vorwürfe, die
er gegen die Bekenntnisbewegung erhoben hat, da-
hingehend, daß sie „die politische Reaktion umfasse“,
werden ganz speziell zurückgewiesen. Während die
Bekenntnisbewegung das weltliche Prinzip der Füh-
erschaft in der Kirche zurückweist, wird darauf hin-
gewiesen, daß diese Entscheidung keine Abwehr gegen
den deutschen Staat bedeutet. Es wird ferner darauf
hingewiesen, daß die Ansicht der Männer, die die
Erklärung vom Samstag aufgesetzt haben, dahin
geht, daß Reichskanzler Adolf Hitler in den Fragen
des Kirchenkonfliktes sich noch nicht so festgelegt habe,
daß es für ihn schwierig sein könnte, den Stand-
punkt der sogenannten Opposition zu würdigen.
Man hofft sogar, daß er die Ansichten, wie sie in der
Bekenntnis-Erklärung niedergelegt sind, akzeptieren
und sich sowohl vom Reichsbischof Müller sowie von
Dr. Jäger trennen werde. Eine solche Entscheidung
würde — nach Ansicht der Bekenntnisbewegung —
eine große Begeisterung unter Millionen deutschen
Protestanten auslösen. Sie würde die Spannung
beheben, die heute zwischen dem deutschen Staate
und der römisch-katholischen (soll es nicht heißen
evangelischen?) Kirche besteht, und würde das
persönliche Prestige des Reichskanzlers noch mehr
stärken.

Es muß in diesem Zusammenhang noch darauf
hingewiesen werden, daß sich die Kreise der Bekennt-
nisgemeinschaft dagegen verwahren, daß sie
durch ihre Erklärung vom Samstag das Schisma
in der deutschen Kirche proklamiert hätten. Es liege
ihnen fern, eine solche Scheidung zu vollziehen. Sie
bleiben in der Deutschen Evangelischen Kirche. Aber
ihrer Ansicht nach sind es Reichsbischof Müller und
sein Rechtswalter Dr. Jäger, die sich durch ihre Politik
von der Gemeinschaft der Deutschen Evangelischen
Kirche losgelöst haben.

Berlin, 22. Okt. (United Press.) Die Lage des
deutschen Protestantismus ist zur Stunde
absolut undurchsichtig und chaotisch. Neben dem Kon-
flikt zwischen der Bekenntnis-Synode und der Reichs-
kirchenregierung besteht in der Reichskirchenregie-
rung selbst ein heftiger Gegensatz zwischen dem
Reichsleiter der Deutschen Christen, Dr. Kider, und
dem Rechtswalter der Reichskirchenregierung, Dr.
Jäger, dessen radikales Vorgehen in der Entwicklung
des deutschen Kirchenkonfliktes schließlich einen offe-
nen Bruch herbeigeführt hat. Der weitere Verlauf

IRA 16625

Marinkowitsch, der sich am 27. Januar 1934 aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückzog. Der damalige Radikale Erschitzsch gehörte dem Kabinett Zimkowitzsch zuerst als Justiz- und dann als Innenminister an. Er wurde am 5. November 1932 Ministerpräsident und behielt diesen Posten bis zum 27. Januar 1934. Er befehlt Marinkowitsch als Außenminister im Kabinett und trat dann infolge einer Meinungsverschiedenheit mit dem ehemaligen Unterrichtsminister Stankowitsch, dem gegenwärtigen Mitglied des Regentenschaftsrates, zurück. — Das Kabinett umfaßt einen Slowenen, vier Kroaten und elf Serben.

Z. N. Wien, 23. Okt. (Privattele.) Das neue Kabinett Muzowitsch bekommt sein Gepräge durch das Wiedererscheinen des Generals Zimkowitzsch. Es wäre aber ein Irrtum, darin den Beginn einer eigenwilligen Militärdiktatur zu erblicken. Die Betrauung Zimkowitzschs mit dem Kriegsminister ist eine Warnung an alle, die meinen könnten, daß der Tod des Königs revolutionäre Möglichkeiten eröffnet habe. Der Glaube, daß Zimkowitzsch als Ministerpräsident jahrelang der eigentliche Diktator Jugoslawiens gewesen sei, hat sich als Irrtum erwiesen, als der König ihn eines Tages durch einen Zivilisten ersetzte und ihn zum Kommandanten seiner Leibwache machte. Zimkowitzsch ist nur Soldat, und er wird dem Großfürsten Paul nicht weniger gehorchen als dem verstorbenen König. Paul ist übrigens in wenigen Tagen der eigentliche Herrscher geworden; man nennt ihn in Jugoslawien nur noch den Prinzregenten, und die beiden andern Mitglieder des Regentenschaftsrates sind ganz in den Hintergrund gerückt. Der liberale Slowene Horoschek und die Führer der alten serbischen Wirtschsch-Partei Stojadinowitsch und Mileitsch haben die Einladung, in die Regierung einzutreten, abgelehnt, weil Muzowitsch sie nur als Personen, nicht aber als Parteiführer beziehen wollte. Er und der Regentenschaftsrat stehen auf dem Standpunkt, daß eine Forderung

General Ziwwkowitzsch,

der Chef der ersten Diktaturregierung (1929), wurde im neuen Kabinett Muzowitsch zum Kriegsminister ernannt.

der Diktatur nicht mit einem Wiedererstehen der alten Parteien verbunden sein könne.

Regierung und Slowenen.

(-) Belgrad, 22. Okt. (Europapost.) Wie die Blätter berichten, ist dem bekannten slowenischen Parteiführer Koroschek, der bisher auf der Insel Hvar (Dalmatien) interniert war und der während der Beisehungsfestlichkeiten für König Alexander provisorisch in Freiheit gesetzt wurde, seine völlige Bewegungsfreiheit wiedergegeben worden. Der Grund für diese Maßnahme ist nach den Äußerungen der Blätter in einer Änderung seiner politischen Haltung zu suchen. Drei andere slowenische Führer der Oppositionsparteien, die ebenfalls interniert waren, wurden zusammen mit Koroschek freigelassen.

Die österreichischen Flüchtlinge.

Belgrad, 23. Okt. (United Press.) Einer „Politika“ zufolge wurde eine Reihe der nach dem österreichischen Putsch nach Jugoslawien geflüchteten Aufständischen aus dem Internierungslager Warasch abtransportiert und in dem kroatischen Orte Lipik untergebracht. Dort befinden sich jetzt 340 männliche österreichische Internierte, 60 Frauen und 40 Kinder. In Warasch sind zurzeit 1150 Personen interniert, in Belovar 250 Personen und in Boceqa (?) 180 Personen.

der Dinge wird wesentlich von der Reichsregierung und ihrer Einstellung abhängen.

Wie die United Press erfährt, ist auf Ende dieser Woche bereits eine Sitzung der nationalsozialistischen Gauleiter einberufen worden, auf der die Partei über den Kirchenkonflikt beraten und wahrscheinlich auch Beschluß fassen wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die auf morgen angelegte Verteidigung des Reichsbischofs durch die Reichsregierung nicht stattfinden wird. Man kann darin ein Anzeichen dafür sehen, daß die Reichsregierung ihre endgültige Einstellung zum Kirchenkonflikt noch nicht festgelegt hat; denn man muß annehmen, daß die Verschiebung der Verteidigung des Reichsbischofs nicht auf diesen selbst, sondern nur auf die Initiative der Reichsregierung zurückzuführen ist. Offenbar ist die Stellung des Rechtswalters Dr. Jäger noch immer unstritten, aber auch der Reichsbischof selbst scheint nicht mehr so fest im Sattel zu sitzen wie bisher. In der Frage der Verteidigung des Reichsbischofs liegt im Grunde die Entscheidung für den gesamten Kirchenkonflikt. Wird die Verteidigung vollzogen, dann liegt darin ein neuer indirekter Vertrauensbeweis für den Reichsbischof Müller, der dann wahrscheinlich in seinem Kampf gegen die kirchliche Opposition bestärkt werden würde und auch dazu übergehen könnte, die

Opposition finanziell abzumürren. Damit wäre das Kirchenproblem selbst nicht gelöst. Aber die Opposition würde nicht mehr die Möglichkeit haben, ihre Bemühungen und ihren Kampf gegen die Reichskirchenregierung organisatorisch zu unterbauen.

* * *

Katholizismus und Nationalsozialismus.

K. Berlin, 23. Okt. (Privattele.) Die „Germania“ veröffentlicht heute eine Erklärung des Freiburger Erzbischofs Dr. Groeber, die sich gegen das katholische Separatistenblatt in Saarbrücken, die „Neue Saarpfost“ wendet. Vor einiger Zeit hielt der Erzbischof eine Rede in der er seine Stellung zum Dritten Reich auseinandersetzte und sich auch sonst vor allen Dingen mit den neuheidnischen Bestrebungen beschäftigte; er gab auch eine Broschüre heraus: „Einer ist euch Lehrer, Christus“, die gleichfalls eine sehr starke Zurückweisung der neuheidnischen Bestrebungen enthält. Damit hat Erzbischof Dr. Groeber nichts Neues getan, denn es ist ja bekannt, daß sich der Kampf der katholischen Kirche in Deutschland insbesondere gegen die neuheidnische Bewegung wendet, wie sie in den Büchern Rosenbergs und Professor Bergmanns zum Ausdruck kommt. Die Broschüre Dr. Groebers wurde zuerst verboten, dann wieder erlaubt und augenscheinlich nachher wieder verboten. Dr. Groeber gilt im deutschen Episkopat als derjenige, der dem Nationalsozialismus am nächsten steht. Nun hat die „Neue Saarpfost“ in der vergangenen Woche eine aus Rom datierte Meldung veröffentlicht, in der die Rede des Erzbischofs so dargestellt wird, als ob der Kirchenfürst